Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 4

Artikel: Mit Integrationsmassnahmen gegen "Apartheid"
Autor: Aeppli, Regine
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341509

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mit Integrationsmassnahmen gegen «Apartheid»

«Die Stabilität und das Wohlergehen einer Gesellschaft misst sich am Grad der Integration seiner Mitglieder. Sowohl die Tendenz zur Überidentifikation als auch kulturell begründete Segregation gefährden die gesellschaftliche Solidarität.»

(Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern)

Regine Aeppli

In der Schweiz gehören diskriminierende Äusserungen über Ausländerinnen und Ausländer zur Tagesordnung. In erster Linie richten sie sich gegen Asylsuchende. Am stärksten davon betroffen sind Menschen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei sowie solche mit schwarzer Hautfarbe.[1] Auf der andern Seite gibt es Studien, die belegen, dass die Schweiz, was die Häufigkeit rassistischer und fremdenfeindlicher Ausfälle betrifft, unterhalb des europäischen Durchschnitts liegt.[2] Das ist zwar kein Trost und schon gar keine Entschuldigung. Es soll damit lediglich gesagt werden, dass die Ausländerfrage in der Schweiz nicht so weit radikalisiert ist, dass keine politische Steuerung mehr möglich ist. Im Gegenteil – es gibt verschiedene Beispiele, die zeigen: Je höher der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in einer Region ist, desto grösser ist das Bedürfnis nach Massnahmen, die das gegenseitige Verständnis fördern, die die Teilnahme der Ausländerinnen und Ausländer am öffentlichen Leben ermöglichen und namentlich die Zukunftsaussichten der jungen Ausländergenerationen verbessern.[3]

Aus diesem Bedürfnis heraus haben in den letzten Jahren verschiedene Städte (Bern, Zürich, Basel, Neuenburg) Konzepte erarbeitet, die eine kohärente und auf gegenseitigen Anstrengungen basierende Integrationspolitik vorsehen.

Es besteht somit Anlass zur Hoffnung, dass – ähnlich wie in der Drogenpolitik der 90er Jahre – ein gewisser Leidensdruck (Stichwort: «Sozialhilfeabhängigkeit» und «Gewalt» bzw. «Angst vor Gewalt») das Handlungsbedürfnis erhöht und ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht.

Die AusländerInnen in der Schweiz: ein unverzichtbares Potential

Tatsache ist, dass die Schweiz nach Luxemburg und Liechtenstein den höchsten Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung innerhalb von Europa hat. Aber statt der nationalistischen Rechten in die Hände zu arbeiten, zum Beispiel indem die Begrenzung der Quote der ausländischen Wohnbevölkerung zum Legislaturziel bundesrätlicher Politik erhoben wird, sollte endlich nüchtern festgestellt und anerkannt werden, dass die Menschen, die ohne Schweizer Pass in unserem Land leben, in der überwiegenden Mehrzahl fester Bestandteil unserer Gesellschaft

[1] Hans Stutz, Rassistische Vorfälle in der Schweiz, Ausgabe 1999, S. 8.

[2] Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern, Inst. für Ethnologie der Universität Bern, September 1996, S. 24.

[3] Vgl. Anm. 2 S. 24/25.

sind – sowohl in volkswirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht. Und statt ständig die Defizite dieser Bevölkerungsgruppe zu problematisieren, muss endlich das Potential hervorgehoben werden, das sie repräsentiert, beziehungsweise müssen Massnahmen getroffen werden, um dieses Potential zum Wohl der Betroffenen und der ganzen Gesellschaft zu fördern.
Wer einen Blick in die Migrationsstatistik der Schweiz wirft, wird einerseits erkennen, dass eine Schweiz ohne ausländische Wohnbevölkerung schon aus demographischen Gründen unweigerlich auf das Motto der Weltausstellung von Sevilla zusteuert («La Suisse n'existe pas»), denn die schweizerische Wohnbevölkerung weist einen kontinuierlichen Geburtenrückgang auf und tendiert zur Überalterung (und damit zum Aussterben). 1997 besassen rund 40% aller Neugeborenen in der Schweiz ausländische Eltern oder einen ausländischen Elternteil.[4]
Zweites für die Reflexion über eine künftige Integrationspolitik relevantes Faktum ist die Tatsache, dass der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an den Erwerbsfähigen erheblich über demjenigen der SchweizerInnen liegt (der Anteil der 20–64jährigen liegt bei den AusländerInnen bei 85,7%, bei den SchweizerInnen bei 60%). Dazu kommt, dass nur gerade 4,5% der in der Schweiz wohnhaften AusländerInnen über 65jährig sind, während es bei der schweizerischen Wohnbevölkerung 15% sind. Die AusländerInnen in der Schweiz tragen somit überproportional zur Finanzierung öffentlicher Leistungen bei, solange sie am Arbeitsmarkt relativ erfolgreich sind. Zudem zahlen sie im Schnitt wegen der höheren Erwerbstätigenquote mehr Steuern und beziehen weniger staatliche Leistungen, weil viele von ihnen eine in ihrem Herkunftsland finanzierte Ausbildung mitbringen. Damit leisten sie einen namhaften Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz und zur Sicherung der Sozialwerke.[5]

Was in den ideologischen Nebelpetarden der Rechten ebenfalls gerne vergessen geht, ist die Tatsache, dass 88% der ausländischen Wohnbevölkerung aus europäischen Ländern stammt und dass zwei Drittel davon über ein unbefristetes Anwesenheitsrecht verfügen. Rund die Hälfte davon ist hier geboren oder lebt seit 15 Jahren hier; für ein Drittel ist die Schweiz sogar schon seit über 30 Jahren Heimat.[6]

Verantwortlich dafür, dass die Schweiz in der europäischen Ausländerstatistik ganz oben figuriert, ist aber im wesentlichen der Umstand, dass kaum ein anderes Land eine derart niedrige Einbürgerungsquote hat. Dies ist einerseits die Folge des Assimilationsdenkens, das die schweizerische Einbürgerungsdoktrin prägt (s. unten), hat anderseits aber auch mit der Abwesenheit der Schweiz in der EU zu tun, was vielen niedergelassenen EU-«Stämmigen» den Erwerb der schweizerischen Staatsbürgerschaft als unattraktiv erscheinen lässt (1998 besassen 60% aller AusländerInnen einen EU-Pass; die grösste Gruppe unter ihnen bilden nach wie vor die Italiener). Das heisst im Ergebnis, dass jede/r fünfte MitbewohnerIn dieses Landes von der Partizipation am öffentlichen Leben und der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen ist. Eine Tatsache, die sich zwangsläufig negativ auf den Integrationsprozess auswirkt.

Die AusländerInnen in der Schweiz tragen überproportional zur Finanzierung öffentlicher Leistungen bei.

Chancengleichheit und Partizipation als Voraussetzung zur Entfaltung des Potentials

Wie gesagt leisten die AusländerInnen einen zentralen Beitrag an die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. Es drängt sich deshalb die Frage auf, inwiefern sie selber davon profitieren.

[4] Migration und ausländische Wohnbevölkerung 1997, Bundesamt für Statistik, 1998; sowie NZZ vom 13.10.1999.

[5] NZZ, Mensch und Arbeit, vom 16.6.1999.

[6] Vgl. Anm. 4.

Wenn man die Arbeitsmarktstatistiken und entsprechende Analysen derselben anschaut, sieht man, dass zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen ein erhebliches soziales Gefälle besteht, und zwar sowohl in bezug auf ihre berufliche Stellung als auch auf ihr Einkommen und das Bildungsniveau. Der Anteil an «Anlagen- und Maschinenbedienern» beträgt 35,6%, derjenige an Hilfskräften 32%. 33,6% der B- und C-Aufenthalter arbeiten im Gastgewerbe. Beim Vergleich der Einkommen bei gleicher Qualifikation zeigt sich, dass das mittlere Lohnniveau der Südeuropäer rund 20% unter demjenigen der Schweizer liegt, dasjenige von Einwanderern von ausserhalb der EU sogar 25% tiefer.[7]

Einer überalterten schweizerischen Oberschicht steht eine zwar erwerbsfähige, aber politisch und sozial diskriminierte ausländische Unterschicht gegenüber.

Überdurchschnittlich ist hingegen die Arbeitslosigkeit unter AusländerInnen. 1997 war sie fast dreimal so hoch wie diejenige der SchweizerInnen. Den höchsten Anteil weisen die ausländischen Frauen aus. Überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen und von der Aussteuerung bedroht sind auch anerkannte Flüchtlinge. Im Kanton Bern haben 80% von ihnen keine Erwerbsarbeit.[8] Die Erklärung für das höhere Risiko, den Arbeitsplatz (langfristig) zu verlieren, ist nicht zuletzt im Scheitern der Bildungspolitik zu suchen. Saisonniers, Asylsuchende und Frauen sind fast nur als ungelernte Angestellte tätig. In der Stadt Zürich nahm die Zahl der AusländerInnen ohne Schulabschluss oder mit blosser Grundschulausbildung zwischen 1970 und 1990 um mehr als das Doppelte zu. Aber nicht nur die zugezogenen AusländerInnen weisen diesbezüglich Defizite auf, auch die ausländischen Erwerbstätigen der zweiten Generation. Die Chance auf einen Übertritt in die Sekundarschule ist für ausländische Kinder halb so gross wie für schweizerische, und in der Berufsbildung sind ausländische SchulabgängerInnen viermal häufiger auf Lehrstellensuche. Dabei sind mangelhafte Sprachkenntnisse ein ganz entscheidender Faktor für die Beeinträchtigung der Chancengleichheit, denn diese «regulieren den Arbeitsmarkt heute in allen Branchen und auf allen Qualifikationsstufen»[9].
Auf den Punkt gebracht heisst das: Einer überalterten schweizerischen Oberschicht steht eine zwar erwerbsfähige, aber politisch und sozial diskriminierte ausländische Unterschicht gegenüber.

Das Berner Leitbild folgert daraus zutreffend: «Eine solche Situation ist eines demokratischen Staates nicht nur unwürdig, sie führt über kurz oder lang auch zu erheblichen Spannungen.»

Assimilation und Multikulturalismus sind untaugliche Integrationskonzepte

Bis vor kurzem hat die Schweiz von den AusländerInnen mit unbefristetem Aufenthalt strikte Assimilation verlangt. Die Einbürgerung wurde deshalb – und wird es in der Praxis immer noch – als Belohnung und Krönung vollzogener Assimilation betrachtet. Das heisst, Zuwanderer hatten sich dem «Swiss way of life» anzupassen. Dem Assimilationskonzept wurde in den 70er Jahren der Multikulturalismus als Gegenkonzept entgegengestellt. Dieser geht von einem Neben- und Miteinander verschiedenartig kulturgeprägter Menschen aus, von denen gegenseitiger Respekt und Toleranz verlangt wird. Sowohl die Assimilation als auch der Multikulturalismus gehen von der Annahme aus, dass kulturelle Wert- und Normvorstellungen in sich geschlossene Systeme sind und die Identität und das Verhalten der Menschen je nach ihrer kulturellen Zugehörigkeit prägen. Kultur ist aber nichts Statisches, sondern das Ergebnis von Entwicklungen und Vermischungen.

[7] NZZ vom 16.6.1999.
[8] Vgl. Anm. 4.
[9] Vgl. Anm. 2, S. 16.

Wer die kulturelle Zugehörigkeit zur Interpretation der gesellschaftlichen Stellung heranzieht, läuft aber Gefahr, die Ausgrenzung und Segregation zu dulden oder gar zu rechtfertigen, denn weder das häufige Schulversagen von Kindern ausländischer Eltern noch die Dominanz von AusländerInnen in den untersten Arbeitsmarktschichten lassen sich mit der kulturellen Herkunft der Beteiligten begründen. Das gleiche gilt für positive Zuschreibungen.
Demgegenüber steht Integration für einen gemeinsamen und gegenseitigen Prozess, der die Partizipation aller Beteiligten voraussetzt, also nur stattfinden kann, wenn die Möglichkeit zur Teilnahme besteht und auch genutzt wird.
Eine Politik der Integration muss deshalb darauf gerichtet sein, die Kompetenzen der zu integrierenden Individuen zu fördern und die Integrationsschranken abzubauen.

Integrationsoffensive auf allen Ebenen

Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, das ganze Paket möglicher Integrationsmassnahmen hier vorzustellen. Die Stichworte dürften sich aus der Analyse ergeben: Partizipationsrechte (Erleichterung der Einbürgerung, politische Mitsprache), Stadtentwicklung zur Verbesserung sozialer und ethnischer Durchmischung, Sozialpolitik statt Armutsverwaltung, Förderung der Chancengleichheit in den Schulen und in der Berufsbildung, Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz, Lohngleichheit.
Ganz wichtig in diesem Zusammenhang scheint mir, dass nicht nur die politischen Behörden für das Ergreifen und die Umsetzung von Integrationsmassnahmen verantwortlich gemacht werden, sondern auch die Privatwirtschaft. Gerade im Bereich des Spracherwerbs und der Förderung der Sprachkenntnisse könnten die Arbeitgeber einen Integrationsauftrag erfüllen, von dem sie selber profitieren würden. Die Bewilligung zur Anstellung ausländischer Arbeitskräfte könnte zum Beispiel vom Angebot von Integrationsmassnahmen abhängig gemacht werden. Auch die Bewilligung zur «Einfuhr» hochqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte sollte vom Nachweis abhängig gemacht werden, das Potential der bereits anwesenden optimal gefördert zu haben.
Schliesslich wird es angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der die schweizerische Bevölkerung die AusländerInnen auf die Funktion von Dienstboten reduziert und sie akzeptiert, solange sie produktiv sind, aber als Last empfindet, wenn sie ausgedient haben oder aus andern Gründen als unerwünscht erscheinen, notwendig sein, diesem Bild mit einer breitangelegten öffentlichen Informationskampagne entgegenzutreten.
Eine wichtige Rolle kommt in der Umsetzung natürlich den NGOs zu – von den kleinsten lokalen Kontaktnetzen bis zu den grossen Hilfswerken. Ich werde zum Beispiel nie vergessen, mit welcher Begeisterung kosovo-albanische Jugendliche in Uster dem Fussballtraining von Ludi Fuchs folgten – Jugendliche, die in der Schule grösste Probleme hatten und machten. Über den Fussball gelang es ihm, ihren Ehrgeiz anzustacheln und mit einem Anreizsystem auch ihr schulisches Engagement zu fördern.
Und wie wäre es, wenn die SP mit gutem Beispiel vorangehen würde, indem sie den Ausländerinnen und Ausländern in allen Gremien der Partei eine Mindestquote einräumen würde? Diese Massnahmen haben sich bei den Frauen doch als recht erfolgreich erwiesen, was die Partizipation anbelangt, oder?

Regine Aeppli ist Nationalrätin und Präsidentin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH).